

(A) Insofern muss man jetzt genau schauen, wenn dies alle Länder machen – ich halte es übrigens für absolut wichtig, dass wir uns unter den Bundesländern in der Ausbildung zur Erzieherin und zum Erzieher endlich einmal auf eine gemeinsame Ausbildung einigen –, dann könnte man auch, finde ich, mit dem Bund diskutieren. Dann hätten 16 Länder diese Ausbildung. Hier wäre es ein Ausnahmeweg, weil die Fachschule – das wissen wir ja alle – eigentlich die unechte Erstausbildung ist beziehungsweise als Zweitausbildung gilt, denn man kann nicht auf die Fachschule gehen, ohne die Berufsfachschule absolviert zu haben. Daher denke ich, dass man diesen Weg gehen sollte, dass es alle Bundesländer gemeinsam machen.

Ich will dies übrigens auch aus anderen Gründen in Gang setzen, damit wir uns in der Kulturministerkonferenz über die neue Ausbildung zur Erzieherin und zum Erzieher einigen, denn das ist auch aus Quantitätsgründen und nicht nur aus Qualitätsgründen ein riesiges Zukunftsthema. Gerade wird diskutiert, dass Arbeitslose und andere in diesen Beruf hinein sollen. Wir hätten gut Angebote für junge Leute, hier einen vernünftigen Weg zu bestreiten, der qualitativ in Ordnung ist.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

(B) Die sechste Anfrage trägt die Überschrift „**Blaue Karte für Mitgliedsbeiträge in Sportvereinen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Wendland, Öztürk, Frau Dr. Schäfer, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Wendland!

Abg. Frau **Wendland** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, eine Lösung mit den Sportvereinen und dem Landessportbund zu finden, die angekündigt haben, die Blaue Karte nicht mehr zu akzeptieren und die Anspruchsberechtigten an das ARGE-Jobcenter zu verweisen?

Zweitens: Sind dem Senat Beispiele aus anderen Kommunen bekannt, die eine unbürokratischere Abwicklung bei der Inanspruchnahme von sportlichen und kulturellen Aktivitäten gewährleisten?

Drittens: Welche Voraussetzungen einschließlich gesetzlicher Änderungen sind notwendig, um eine einfachere Abwicklung im Land Bremen zu ermöglichen?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Stahmann.

Senatorin Stahmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im Bereich der Teilhabeleistungen wurde im Gesetz geregelt, dass, ich zitiere, „die Leistungen als Sach- und Dienstleistungen zu erbringen sind, insbesondere in Form von personalisierten Gutscheinen oder Direktzahlungen an Anbieter von Leistungen“. Wenn man diese Regelung eng auslegt, steht sie jedoch im Widerspruch zu den Verfahren, die insbesondere Sportvereine für ihre Mitglieder praktizieren. In der Regel wird der Beitrag durch den Sportverein per Einzugsermächtigung vom Konto der Mitglieder abgebucht. Durch die gesetzliche Vorgabe wurde den Sportvereinen der Beitrag direkt angewiesen. In Einzelfällen hat der Verein den Beitrag dann sogar doppelt erhalten und musste den zuviel gezahlten Beitrag an seine Mitglieder weiterleiten beziehungsweise auszahlen.

Gegen diese Vorgänge richtet sich die Kritik der Sportvereine. Der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen ist diese Problematik bekannt. Es ist daher geplant, der Deputationssitzung am 5. Juli eine Verwaltungsanweisung vorzulegen, die diese Doppelarbeiten zukünftig vermeidet. Diese Verwaltungsanweisung soll folgende Regelungen enthalten:

Erstens, legen Leistungsempfängerinnen und -empfänger eine Rechnung vor, erfolgt eine Direktzahlung an die Vereine. Zweitens, haben Leistungsempfängerinnen und -empfänger Beiträge bereits gezahlt, werden die Beiträge erstattet. Drittens, ist zum Beispiel die Abgabe einer Einzugsermächtigung Voraussetzung für die Mitgliedschaft in einem Verein, kann die Geldleistung direkt an die Leistungsempfängerinnen und -empfänger gezahlt werden. Mit diesem Verfahren ist eine unbürokratischere Abwicklung der Teilhabeleistungen geregelt.

Zu Frage 2: Der Senat verfolgt die Praxis in anderen Kommunen durch Teilnahme am Austausch auf Bundesebene. Sich daraus ergebende Anregungen werden geprüft und gegebenenfalls übernommen.

Zu Frage 3: Wünschenswert wäre eine Gesetzesänderung. Zwar ist der Senat inzwischen der Auffassung, dass die unter Frage 1 skizzierten Verfahren zulässig sind, eine gesetzliche Klarstellung, die ausdrücklich auch Zahlungen direkt an die Leistungsberechtigten zulässt, wäre aus Sicht des Senats aber hilfreich. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Schildt, Sie haben eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Schildt** (SPD): Frau Senatorin, wie weit ist das, was Sie beabsichtigen der Deputation vorzulegen, mit der Stadtgemeinde Bremerhaven abgestimmt oder dort bekannt? Das, was Sie vortragen, bezieht sich momentan ausschließlich auf die Stadtgemeinde Bremen und deren Abarbeitung des Teilhabepakets. Wie weit sind Sie im Austausch mit dem, was in Bremerhaven passiert?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

(C)

(D)

(A) **Senatorin Stahmann:** Soweit mir bekannt ist, wird in Bremerhaven ein Modell mit Gutscheinen praktiziert. Wir haben für den kommenden Freitag ein Gespräch mit dem Landessportbund anberaumt, dem Sie ja auch angehören, ich glaube als stellvertretender Vorsitzender.

(Abg. S t r o h m a n n [CDU]: Präsident!)

Präsident! Entschuldigen Sie das Downgrading!

Ich gehe davon aus, dass Herr Zenner Sie auch darüber informieren wird, wenn Sie nicht sogar selbst zu dem Termin eingeladen worden sind. Die Ergebnisse des Gesprächs werden wir auch nach Bremerhaven transportieren und den Kolleginnen und Kollegen dort zur Kenntnis geben. Wir werden es auch in der Deputation vorstellen, und bisher haben sich die Kolleginnen und Kollegen aus Bremerhaven auch in die Debatte eingebracht. Wir wollen aber noch zu besseren Regelungen für die Sportvereine kommen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Schildt** (SPD): Sie haben das Bremerhavener Gutscheinsystem zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs angesprochen. Diese Regelung ist ja eine andere als in Bremen und läuft in Bremerhaven bezogen auf den Zahlungsverkehr gut. Ein größeres Problem ist natürlich, dass die Vereine im Rahmen der ehrenamtlichen Mitarbeit gar nicht mehr in der Lage sind, die Vielzahl dieser Papiere zu bearbeiten. Das heißt, grundsätzlich wäre ein Verfahren zu wählen, mit dem die Vereine in die Lage versetzt würden, nicht mehr Arbeit in ihren Geschäftsstellen leisten zu müssen als nötig.

Präsident Weber: Das war keine Frage, Herr Schildt!

Abg. **Schildt** (SPD): Inwieweit würden Sie dem zustimmen, Frau Senatorin?

(Heiterkeit)

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Stahmann: Das Thema Teilhabe von Menschen, die benachteiligt sind und sich in Armutslagen befinden, ist wichtig. Es kommt aber leider mit einem sehr bürokratischen Gesetz daher, das wir möglichst pragmatisch und praktisch umzusetzen versuchen. Die Bremerhavener Idee wird am Freitag sicherlich noch einmal diskutiert werden. Das, was ich der Bürgerschaft soeben vorgestellt habe, hat im ersten Anlauf bei dem Präsidenten des Landessportbunds, Herrn Zenner, schon ein positives Echo hervorgerufen.

Ich glaube aber, wir müssen es mit allen Beteiligten am Freitag noch einmal diskutieren und dann

schauen, zu welcher Lösung wir kommen. Wir müssen es aber auf der Basis der Gesetze machen, wir können es nicht davon losgelöst machen. Wir haben einen ganz engen gesetzlichen Rahmen, und für das, was ich hier schon vorgestellt habe, mussten wir Überzeugungsarbeit leisten, damit das auch noch im Rahmen der Gesetzesvorlage möglich ist.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Schildt** (SPD): Herr Präsident, ich werde mich bemühen, die Frage gleich am Anfang sichtbar werden zu lassen!

Sind Ihnen Zahlen bekannt, wie viele Jugendliche durch das Bildungs- und Teilhabepaket neu in die Vereine kommen? Ich füge hinzu, dass es in Bremerhaven laut einer Erhebung etwa 80 Prozent bestehende und leider nur etwa 20 Prozent neue Mitgliedschaften waren. Haben Sie Zahlen dazu, wie es sich in Bremen aufteilt? Gibt es dazu Erhebungen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Stahmann: Das ist in Bremen ähnlich. Wir werden in der Deputation über die aktuellen Zahlen berichten.

Präsident Weber: Herr Fecker, Sie haben eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, Sie haben soeben die deutlichen Verbesserungen, die Sie im System vorgesehen haben, angesprochen. Ein weiterer Kritikpunkt der Vereine ist, dass diese Zahlung nur monatlich erfolgt. Das heißt, dass ein Sportverein in jedem Monat 50 Zahlungseingänge von 50 verschiedenen Mitgliedern hat, was bei den Ehrenamtlichen zu einer hohen Belastung führt. Ist geplant, auch in diesem Bereich zu einer Verbesserung zu kommen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Stahmann: Das werden wir sicherlich am Freitag nochmals diskutieren. Dazu müsste ich auch die Fachleute bei uns befragen, denn es ist höchst kompliziert. Ein Beispiel: Wir waren zunächst gehalten, in den Kitas zu stehen und Listen abzuhaken, wer gegessen hat und wer nicht. Auf dieses Verfahren haben wir verzichtet. Ich kann mir vorstellen, dass die bisherige Verwaltungsanweisung ähnlich kompliziert ist und dies von uns auch abfordert.

Wenn wir eine kreative Lösung finden, die die gesetzlichen Vorgaben einhält, dann werden wir sie wählen und uns auch weiter auf die Sportvereine zubewegen. Das Ziel ist es, die Sportvereine zu entlasten, damit sie nicht von der Bürokratie überrollt werden, Herr Schildt hat auf die vielen Ehrenamtlichen hin-

(C)

(D)

(A) gewiesen. Wir wollen es auch nicht erschweren, sondern wir wollen, dass die Leistung bei den Empfängern ankommt und die Sportvereine arbeitsfähig bleiben. Das ist die Herausforderung.

Präsident Weber: Herr Strohmann, Sie haben eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Strohmann** (CDU): Ich beginne einmal mit einer Anmerkung, da wir gerade von den Prozenten sprachen: Jedes zusätzliche Kind in einem Sportverein ist, glaube ich, ein Gewinn. Warum wurde das Gutscheinsystem aus Bremerhaven nicht eins zu eins in Bremen umgesetzt? Hat es sich nicht bewährt?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Stahmann: Dazu gab es unterschiedliche Rückmeldungen, und zur Klärung soll auch das Gespräch am Freitag dienen. Wenn es für das Gutscheinsmodell eine Mehrheit geben sollte und es mit der Gesetzesgrundlage vereinbar wäre, wird das sicherlich am Freitag auch noch einmal diskutiert und der Deputation vorgestellt werden. Wir haben es in die Beratung miteinbezogen.

(B) Ich war bei dem Gespräch, das Herr Staatsrat Frehe mit dem Jobcenter geführt hat, nicht anwesend, deswegen kann ich es nicht eins zu eins berichten. Ich sage aber, Herr Strohmann, dass wir den Sozialdeputierten auch darüber Auskunft geben, warum wir uns jetzt für diesen Weg entscheiden. Es sprechen sicherlich einige Argumente dafür.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage bezieht sich auf die **Windenergieagentur WAB**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Kottisch, Reinken, Tschöpe und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kottisch!

Abg. **Kottisch** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: In welcher Höhe ist das Unternehmensnetzwerk WAB Windenergieagentur bislang mit bremschen und anderen öffentlichen Geldern gefördert worden?

Zweitens: Wie bewertet der Senat die Tatsache, dass die WAB mit Jahresbeginn den Zusatz Bremerhaven/Bremen offiziell aus ihrem Namen gestrichen hat?

Drittens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, angesichts der zunehmenden überregionalen Ausrichtung der WAB an ihrer Finanzierung alle Bundesländer zu beteiligen, die von der Arbeit der WAB profitieren?

Präsident Weber: Diese Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Lohse.

(C) **Senator Dr. Lohse:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Förderung der WAB hat wesentlich dazu beigetragen, dass das Land Bremen einen guten Ruf und eine hohe überregionale Wahrnehmung in der Branche hat. Es wird auch beim Bund aufmerksam registriert, dass sich das Land Bremen auch mit den Aktivitäten der WAB in der Vergangenheit stets positiv und in großer politischer Einigkeit im Land zum Thema Offshore-Windenergie positioniert hat.

Die WAB wird seit 2002 durch den Senat unterstützt. Insgesamt beläuft sich die Förderung in den Jahren 2002 bis 2013 auf rund 3 Millionen Euro. Davon sind circa 855 000 Euro EU-Mittel und rund 2,155 Millionen Euro Landesmittel.

Die Förderung der WAB ist degressiv ausgestaltet: Während in den ersten drei Jahren 2002 bis 2004 noch rund drei Viertel der Kosten für den Aufbau und Betrieb der WAB durch bremsche Mittel finanziert wurden, liegt in der aktuellen Förderung die Förderquote bei nur noch etwa einem Drittel.

(D) Zu Frage 2: Die WAB hat rund 360 Mitglieder, von denen etwa die Hälfte vor allem aus Niedersachsen sowie aus anderen Regionen stammt. Vor allem aufgrund dieser Mitgliederstruktur wurde entschieden, den Zusatz Bremerhaven/Bremen zu streichen. Wichtig ist, dass die Geschäftsstelle im Land Bremen – und hier konkret in Bremerhaven – verbleibt.

Durch die engagierte Netzwerkarbeit der WAB konnte vielen bremschen Unternehmen, die bisher nicht für die Windbranche gearbeitet haben, der Zugang und damit Aufträge ermöglicht werden. Allein in Bremerhaven sind direkt durch die Offshore-Windenergie rund 3 000 neue Arbeitsplätze entstanden.

Zu Frage 3: Durch die erfolgreiche Arbeit der WAB können nicht nur in Bremen, sondern auch in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern erhebliche Wertschöpfungsanteile generiert werden. Das Land Niedersachsen beteiligt sich projektbezogen an Aktivitäten der WAB. So erfolgte eine finanzielle Beteiligung an der von der WAB koordinierten Bewerbung für den Spitzenclusterwettbewerb des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Zu der Frage, ob darüber hinaus eine finanzielle Beteiligung anderer Mitglieder an der WAB möglich ist, werden derzeit Gespräche geführt. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kottisch, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Kottisch** (SPD): Herr Senator, auch wir sind der Meinung, dass die WAB eine gute und wichtige Institution für unser Land ist und gerade auch vor dem Hintergrund der jetzt hoffentlich anstehenden Energiewende sehr wichtige Impulse setzt. Sie sagen in